

# VersicherungsJournal

Der tägliche\* Informationsdienst für die Versicherungsbranche.  
Kompetent. Unabhängig. Kostenlos.

Markt und Politik vom 13.05.2005

## Klares Bekenntnis zur Entgeltumwandlung nötig

**Die CDU/CSU tritt für die Verlängerung der Sozialabgaben-Freiheit der Entgeltumwandlung über 2008 hinaus ein. „Der nachgelagerte Sozialbeitrag ist die systematisch richtige Lösung“, sagte Andreas Storm, Sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in einem Vortrag auf der Jahrestagung der [Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung \(aba\)](#).**

Dr. Boy-Jürgen Andresen, Vorstands-Vorsitzender der aba, wies darauf hin, dass durch das Gesundheits-Modernisierungs-Gesetz (GMG) bereits seit 2004 der volle Beitragsatz der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Betriebsrenten und auf Kapitalauszahlungen aus Direktversicherungen erhoben werde (VersicherungsJournal [21.10.2003](#)).

## Systematisch falsche Beitragserhebung fallen lassen

Damit habe die betriebliche Altersversorgung (bAV) bereits im Jahre 2004 eine Vorleistung von etwa zwei Milliarden Euro zugunsten der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen erbracht, berichtet das Branchen-Versorgungswerk [Klinik-Rente](#) unter Verweis auf Andresen.

Es gehe bei der Forderung auf Sozialabgaben-Freiheit der Entgeltumwandlung über 2008 hinaus nicht darum, keine Sozialabgaben zu zahlen, sondern um die systematisch richtige Erhebung des Beitrages bei Zufluss der Leistung. Dies setze jedoch die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung während der Anwartschaftsphase voraus. „Es könne nicht sein, dass hier doppelte Beiträge erhoben werden“, so Andresen.

## Auch Aufstockungsbetrag SV-frei stellen

Sinnvoll sei es, auch den 2005 neu eingeführten Aufstockungsbetrag von 1.800 Euro (VersicherungsJournal [30.8.2004](#)) in der Anwartschafts-Phase beitragsfrei zu stellen. Die SV-Pflicht des Aufstockungsbetrages führe dazu, dass so gut wie keine Nachfrage nach diesem Erhöhungsbetrag bestehe, berichtete Andresen.

Die aba fordert stabile Rahmenbedingungen für die bAV. Angesichts der schwierigen Lage der gesetzlichen Rentenversicherung und anderer umlagefinanzierter Einrichtungen könne sich Deutschland keine weiteren Dämpfer in der Vorsorgebereitschaft der Bevölkerung leisten.

## Soziales Unrecht vermeiden

Klinikrente-Geschäftsführer Hubertus Mund weist darauf hin, dass im Falle einer SV-Pflicht auf die Entgeltumwandlung soziale Ungerechtigkeiten entstehen. Während gut verdienende Privatversicherte keinen SV-Beitrag leisten müssten, würden Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen gleich doppelt zur Kasse gebeten. Dies behindere nicht nur die dringend benötigte zusätzliche Vorsorge von Klein- und Normalverdienern, sondern führe auch zu sozialem Missstand.

[Detlef Pohl](#)

Das VersicherungsJournal ist urheberrechtlich geschützt. Das bedeutet für Sie als Leserin bzw. Leser: Die Inhalte sind ausschließlich zur Ihrer persönlichen Information bestimmt. Für den kommerziellen Gebrauch müssen Sie bitte unsere ausdrückliche Genehmigung einholen. Unzulässig ist es, Inhalte ohne unsere Zustimmung gewerbsmäßig zu nutzen, zu verändern und zu veröffentlichen.

URL: [www.VersicherungsJournal.de/mehr.php?Nummer=20537](http://www.VersicherungsJournal.de/mehr.php?Nummer=20537)